

Forschung für den Krieg? Wissenschaftler müssen Verantwortung übernehmen!

Bedeutung und Praxis der Zivilklausel



Veranstalter:

	Friedensforum Freiburg www.fff.de		Freiburger Friedenswoche e.V. www.fff.de
	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft		u-asta Freiburg www.u-asta.de

Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg



„Der lange Marsch durch die Institutionen, weg von den eigenen Prinzipien“ oder „Die Grünen und die Zivilklausel“

.... Eine so genannte Zivilklausel regelt eben genau diese Frage: Sie erklärt in der Grundordnung der Hochschule, dass deren Forschung nur friedlichen Zwecken dienen darf. **[DEFINITION]**

Da HochschulrektorInnen leider nur selten von selbst für den Nutzen ziviler Forschung eintreten, müssen sie leider durch eine solche Klausel zu ihrem Glück gezwungen werden. Noch vor ihrem Wahlerfolg gingen die Grünen gerne mit ihrer Position für eine Zivilklausel hausieren, machten aber **nach der Landtagswahl eine 180°-Wendung und legten unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit ihre Bedenken gegen Militärforschung ab.** Ihren eigenen im Landtag eingebrachten Antrag, der eine Zivilklausel im KIT-Gesetz vorsah, bezeichnet Wissenschaftsministerin Bauer mittlerweile als „Jugendsünde“. Die Uni Freiburg hat im Übrigen keine Zivilklausel in ihrer Grundordnung. Dies wurde zwar von Seiten der Studierenden immer wieder angeregt, doch stieß dieser Vorschlag bei der Universitätsleitung nur bedingt auf Gegenliebe.

Was ist eine Zivilklausel?

Die Selbstverpflichtung der Hochschulen zur Friedensbindung. Forschung und Lehre dienen nur friedlichen und zivilen, d.h. nicht militärischen Zwecken.

Entscheidend: **Sie muss gelebt, d.h. gestaltet und geschützt werden.**



Die Zivilklausel ist ein Mittel gegen die Militarisierung der Hochschulen und zum Symbol für den Widerstand geworden.

Wissenschaftsfreiheit, Drittmittel

„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“

- ▶ Die Zivilklausel sei nicht mit der Verfassung vereinbar. Widerlegt durch **Gutachten von Erhard Denninger**, LHG-Zivilklausel Niedersachsen (1993-2002) und z.B. die Praxis des Forschungszentrums Karlsruhe.
- ▶ **Unterfinanzierung und Wirtschaftsdominanz** in den Hochschulräten sind gegen die Verfassung gerichtet. Dadurch gehen Freiheit und Autonomie verloren.
- ▶ **Drittmittel übersteigen die Grundfinanzierung.** Sie wurden zum Exzellenzmerkmal gemacht und kommen häufig aus privaten und militärischen Quellen. Das ist gegen die Verfassung gerichtet!
- ▶ **Freiheit der befristet Beschäftigten** mit immer kürzeren Zeitverträgen? **Freiheit der Studis**, die für Studiengebühren jobben müssen?
- ▶ Statt für **Autonomie mit öffentlicher Vollfinanzierung** einzutreten, haben viele Uni-Leitungen die Misere als Normalzustand verinnerlicht und sind gegen eine Friedensbindung wegen des „Banns von möglichen Forschungspartnern“.



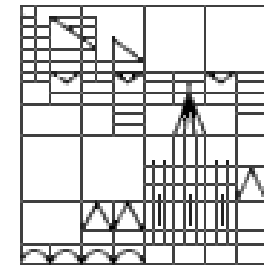
Unis mit Zivilklausel



Universität Bremen



Universität
Konstanz



EBERHARD KARLS

UNIVERSITÄT
TÜBINGEN



Universität
Rostock



Zur Praxis: NatWiss-Umfrage Natascha Bisbis
„Wissenschaft & Frieden“ 2/2010

Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg

Meilensteine Zivilklausel-Bewegung



- ◆ **Jan. 2009** Urabstimmung an Uni Karlsruhe mit 63 % Zustimmung zur Zivilklausel.
- ◆ **Mai 2009** Internationaler Appell INES "Abandonment of Military Research. Support the University of Karlsruhe/Germany to keep their Civil Clause" mit Hiroshima-Bürgermeister und Nobelpreisträgern als Erstunterzeichner.
- ◆ **Dez. 2009** Der US-Friedenswissenschaftler und Whistleblower Subrata Ghoshroy spricht im voll besetzten Streikhörsaal der Uni Karlsruhe über die verheerenden Folgen der Militarisierung am Beispiel MIT („Pentagon on the Charles“).
- ◆ **Dez. 2009** Der Senat der Uni Tübingen beschließt auf Initiative des Bildungstreiks eine Zivilklausel als Präambel zur Grundordnung.
- ◆ **Dez. 2010** An Uni Köln zweite (Ur)abstimmung für die Zivilklausel mit 65 % JA.
- ◆ **Febr. 2011** Über 60 Bremer ProfessorInnen wenden sich gegen die Aushöhlung der universitären Autonomie durch Stiftungsprofessur OHB (s. Wikileaks Spionagesatellit HiROS).
- ◆ **Mai 2011** Uni Braunschweig Kongress gegen Rüstungsforschung. TeilnehmerInnen aus 34 Hochschulen. Davor Gründung des bundesweiten Bündnisses „Hochschule für den Frieden - Nein zur Kriegsforschung – Ja zur Zivilklausel“.
- ◆ **Januar 2012** Akademischer Senat der Uni Bremen weist den OHB-Erpressungsversuch zurück, bekräftigt die Zivilklausel von 1986 und übernimmt diese in die Leitsätze der Uni.
- ◆ **Januar 2012** Die Studierenden der Uni Frankfurt votieren in dritter Urabstimmung mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit für Zivilklausel in Grundordnung der Uni.

Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg

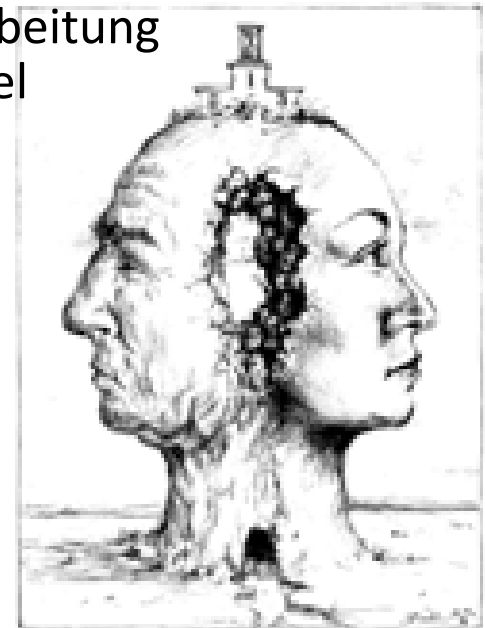
Zivilklausel leben ... z.B. Karlsruhe

Für Adenauer, Strauß und die Wirtschaft war die Zivilklausel von 1956 „**Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke**“ die nicht vermeidbare Eintrittskarte in die Atomforschung, die bei nächstbesten Gelegenheit gebrochen worden wäre. Es kam anders. Die Diktaturen Argentinien, Brasilien und Südafrika, mit denen Karlsruhe und Jülich zusammen gearbeitet hatten, wurden gestürzt und deren Atomwaffen beerdigt. Trenndüse, THTR, Wiederaufarbeitung und Schnellbrüter scheiterten. Dennoch sollte die Zivilklausel abgeschafft werden. Mindestens drei Versuche

- **1984: Teilnahme an SDI-Forschung / Laserabwehr gegen Atomraketen von der Regierung initiiert,**
- **1994: Einführung einer zivilmilitärischen dual-use-Klausel aus CDU-Kreisen betrieben,**
- **2001: Abwehrforschung gegen Biowaffenangriffe im Gefolge 9/11 von Großforschungsführung beabsichtigt**

konnten durch energischen Widerstand abgewehrt werden.

Die strikte Zivilorientierung war zu einer gelebten Realität geworden, die jetzt mit der der Bildung des KIT rückgängig gemacht wird.



Bundeswehr – Armee im Kriegseinsatz

Verteidigungspolitische Richtlinien 2011: *„Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten“*

„Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzu-setzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.“

„Einsatz von Streitkräften im gesamten Intensitätsspektrum.“

„Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehören: »einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen. «“

„Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet.“

„Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken.“

Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg

Anzeige
21/2011 **stern** 101

„Ungeliebte Kriegsforschung“

Süddeutsche Zeitung 27. Februar 2012

Stichwort de Maizière in einem „Welt“-Interview am 3. Februar 2012 zur Münchener Sicherheitskonferenz und zur Rolle der Bundeswehr:

„De Maizière: ... Dagegen erkenne ich keinen großen intellektuellen Beitrag der deutschen Universitäten zur Frage von Krieg und Frieden.“

Die SZ-Autorin hat die Mahnung, die Kriegswissenschaft zu verstärken, verstanden: **„De Maiziere wünscht sich nun Antworten auf aktuelle Fragen. Zum Beispiel: Dürfen Armeen Drohnen im Kampf einsetzen? Dürfen sie private Sicherheitsfirmen einspannen? Wie sollten Staaten auf einen Cyberangriff reagieren?“**

Christoph Marischka, Tübingen, IMI-Standpunkt 12/011 **„Die Offensive der Kriegsforscher“**

**Reaktion auf anwachsende
Zivilklausel-Bewegung?**

Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg

Nato-Gipfel: Wir führen, das weiß jeder

Gespräch mit Verteidigungsminister Thomas de Maizière

ZEIT: Amerika hält ein gewisses Monopol an Waffen. Dazu zählen »böse Waffen« wie Angriffsdrohnen. Braucht Europa sie auch?

De Maizière: Es gibt keine bösen oder guten Waffen. **Eine Waffe ist per se ethisch neutral.** Ethik kommt erst durch die Entscheidung von Menschen zum Tragen. **Der Einsatz von Drohnen und modernen Lenkraketen steht zwar in der Kritik, diese Kritik übersieht aber, dass es mit Blick auf den Schutz von Zivilisten ein erheblicher ethischer Fortschritt ist, dass man nicht ganze Stadtteile zerstört, um Feindstellungen unschädlich zu machen.** Natürlich sind dies immer noch brutale Eingriffe in menschliches Leben – nichts ist da klinisch rein, ich mag deshalb keine Begriffe wie »minimalinvasiver Krieg«, das ist Schönsprecherei. Aber die Wirkungsbreite ist viel präziser geworden. Das ist eher zu begrüßen als kritikwürdig.

ZEIT: **Europa braucht mehr von diesen Waffen**, wenn es seiner Verantwortung gerecht werden will.

De Maizière: **Das stimmt.** Aber man kann nicht von jeder Munition immer für jedes Szenario genug auf Lager halten.



Thomas de Maizière auf dem Weg nach Afghanistan
© OLIVER LANG/AFP/Getty Images

Praxis I: KIT-Gesetz ohne Zivilklausel

▶ Seit mehr als drei Jahren Auseinandersetzung um die Friedensbindung des Karlsruher Instituts für Technologie

▶ Protest -Mahnwache vor Landtag Baden-Württemberg am 9. Mai



▶ Auf Vorlage von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (s. „Jugendsünde“) wurde KIT-Gesetz **ohne** die von Studierenden, Gewerkschaften, Friedensgruppen und den früheren Oppositionsparteien selbst geforderte Zivilklausel beschlossen.

▶ Dem gesellschaftlichen Hintergrund der Zivilklausel als Gestaltungsmittel der „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ ist eine Tagung am 15./16. Juni an der Uni Karlsruhe KIT gewidmet.

Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg



TOP
4

Ministerin Bauer am 9. Mai 2012 im Landtag Baden-Württemberg mit Flugblatt zur Mahnwache

Die Ministerin zitiert gerade: „Der Widerstand gegen einen sich entwickelnden zivilmilitärisch-industriellen Forschungskomplex KIT werde fortgesetzt.“

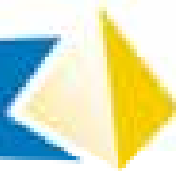


8. Mai Uni



16. Mai Uni

Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg



Ergebnis 10. Mai: Militärische Forschung am KIT verbieten



Zivilklausel gefordert: Soll militärische Forschung am KIT verboten werden?

Gesamt 652 Stimmen

47,39% - Ja, militärische Forschung hat am KIT nichts zu suchen!

28,37% - Nein, ein solches Verbot bringt nichts!

22,09% - An sich ist so ein Verbot sicher eine gute Sache - zivile und militärische Forschung lassen sich aber nun einmal nicht immer eindeutig trennen.

2,15% - Zu diesem Thema habe ich keine Meinung.

Zivilmilitärisch-industrielle Forschungskomplexe, z.B.

KIT



- CoTeSys
Cluster München
- Innovationspark
Augsburg
korrekterweise
Rüstungspark
- Rüstung
am Bodensee
- Rüstungs-
standort Bremen?

Praxis II: Tübingen „Krieg ist Frieden“

Erklärung des Tübinger Zivilklauselkongresses 28./29.10.2011

Anlass: offensichtliche Unterwanderung der Tübinger Zivilklausel u. a. Honorarprofessur Ischinger und Wehrmedizin. Forderungen:

- Wie mit der Ischinger-Professur Fakten geschaffen wurden, ist unerträglich - Ernennung muss zurückgenommen werden.
- Gegen Verwischung der Grenzziehung zwischen militärischer und ziviler Forschung - Doktrin der „vernetzten Sicherheit“
- Öffentliche Diskussion der Forschungsziele und grundlegende Demokratisierung der Hochschulen, finanzielle Autonomie und Öffnung gegenüber anderen gesellschaftlichen Akteuren.
- Regierungsparteien in Baden-Württemberg sind an ihren Wahlkampfaussagen zu messen. Wenn das KIT-Gesetz und das Landeshochschulgesetz novelliert werden, müssen sie eine klare verbindliche Zivilklausel für alle Hochschulen vorsehen.
- **D**enazifizierung, **D**emonopolisierung, **D**emokratisierung und **D**emilitarisierung. aus dem Grußwort von Martin Löwenberg „Mit den Waffen des Geistes – gegen den Geist der Waffen!“ mit dem Konsens „vier D's“ nach Befreiung .



„Die erste politische Veranstaltung, auf der ich nach unserer Befreiung am 7. Mai 1945 aus dem KZ-Außenlager Leitmeritz gesprochen habe, stand unter dem Motto

Mit den Waffen des Geistes – Gegen den Geist der Waffen

Dieser Leitsatz hat mich mein ganzes Leben begleitet. Denn ohne die aktive Unterstützung durch die Deutsche Wehrmacht hätte es keinen Holocaust gegeben. Darum bekämpfe ich auch heute noch den verfluchten deutschen Militarismus bei Gelöbnissen, Sicherheitskonferenzen und im Alltag.“



Martin Löwenberg

Antifaschistischer Widerstandskämpfer aus München

Überlebender des Holocaust

Grußwort an den Zivilklausel-Kongress an der Uni Tübingen

Dietrich Schulze
3. Mai 2012
HS Bremen

Praxis III: Bremen „Kein bisschen Frieden“



s. Zivilklausel-Meilenstein Januar 2012 Uni Bremen und nun ?

Spiegel-Online Titel 15. Mai 2012..... In der Klausel heißt es, alle Universitätsmitglieder seien aufgefordert, "Forschungsmittel und -themen abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen könnten". **Jetzt stellt sich heraus:** Die Uni selbst hat offenbar gegen ihre eigene Richtlinie verstoßen. Es geht um ein Forschungsprojekt, bezahlt vom Bundesverteidigungsministerium: Das Bremer Raumfahrtunternehmen OHB wurde beauftragt, ein Daten-Übertragungssystem zu entwickeln. OHB wiederum arbeitete für das Projekt mit der Uni zusammen Volumen: rund 100.000 Euro für die Jahre 2003 bis 2006. wie große Datenmengen etwa von Tornado-Kampffjets an die Bodenstation gesendet werden können.

KNÜLLER: AStA-Semesterrundbrief vom Oktober 2009 beschreibt detailliert jenes Projekt und prangert die Ignoranz der Uni-Leitung an. **ÜBRIGENS:** Auch Uni Karlsruhe war beteiligt am OHB-Projekt.

Praxis IV: TU Berlin

TOP 8 Maßnahmen zur Verhinderung von Rüstungsforschung an der TU Berlin
VL AS 2/434

AST. Fr. Rogge u.a.

Beschluß AS 3/434-29.5.91

einstimmig

1. Der AS begrüßt die Diskussion innerhalb der Universität, die darauf abzielt, rüstungsrelevante Forschung auch nach Wegfall der alliierten Bestimmungen an der TU Berlin zu verhindern.
2. Die Mitglieder des AS sind sich darüber einig, daß an der TU Berlin keine Rüstungsforschung durchgeführt werden soll.
3. Weiterhin ist sich der AS auch im klaren darüber, daß wissenschaftliche Ergebnisse nicht davor geschützt werden können, für militärische Zwecke von Dritten mißbraucht zu werden.

Jede Antragstellerin und jeder Antragsteller von Forschungsprojekten soll erklären, daß das betreffende Projekt nicht militärischen Zwecken dient. Eine entsprechende Änderung des Projekt-Anzeigeformblatts durch die Verwaltung der TU Berlin soll vom Präsidenten veranlaßt werden.

Weiterhin werden von der TU-internen Forschungsförderung keine Mittel zur Durchführung rüstungsrelevanter Forschung bereitgestellt.

Zivilklausel-Vernetzung Baden-Württemberg

TREFFEN

am 15. März und 12. April als Beginn einer landesweiten Koordination in der „Denkmacherei“ bei DFG-VK in Stuttgart. Maßgebliche Voraussetzung für Mahnwache vor Landtag am 9. Mai zum KIT-Gesetz. Nächstes Treffen fällt zusammen mit dem bundesweiten Zivilklausel-Treffen bei der **Tagung am 15. Juni ab 14 Uhr** in der Uni Karlsruhe KIT.

AUFRUF

zu einer bundesweiten **Aktionswoche vom 24.- 29. September 2012** gegen den Einfluss der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie auf das Bildungswesen. Wir fordern die sofortige Kündigung der bestehenden Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr sowie die flächendeckende Einführung und Einhaltung von Zivilklauseln um eine Lehre und Forschung an Hochschulen zu garantieren, die ausschließlich zivilen Zwecken dient.



„Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeit“

Tagung 15./16. Juni 2012, Uni Karlsruhe KIT

ZIVILKLAUSEL statt Rüstungsforschung an Hochschulen



Freitag

14.00 Treffen bundesweites Zivilklausel-Bündnis

18.00 Uhr Eröffnung (**Nadja Brachmann**, Karlsruhe)

„In memoriam Werner Buckel“ (**Reiner Braun**, Berlin)

„Verantwortung der Wissenschaften“ (**Peter Herrlich**, Jena)

„Sackgassentechnologie Atomkraft“ (**Klaus Traube**, Oberursel)

Samstag

Workshops über Zivilklausel (**Sören Böhrnsen**, Bremen),

Dual Use (**Wolfgang Liebert**, Darmstadt), Neue Waffen

z.B. Drohnen (**Volker Eick**, Berlin / Bremen) Atomforschung (**Harry Block**, Karlsruhe) und mit den Zielsetzungen:

Perspektiven erarbeiten und über Vernetzungen sprechen.

16.00 Uhr **Abschlusspodium** mit Friedenswissenschaft, Studierendenschaft, Gewerkschaft und Politik.



Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg

Webdokumentation der Initiative gegen Militärforschung an Universitäten



Zivilklausel oder Militärforschung

Diese Dokumentation konnte im Dezember 2008 bei www.stattweb.de eingerichtet werden und wird dort dankenswerter Weise regelmäßig aktualisiert. Die Mitte 2008 entstandene Initiative gegen Militärforschung an Universitäten und für eine einheitliche Zivilklausel am Karlsruhe Institute of Technology KIT dokumentiert hier wichtige Arbeitsergebnisse und Hintergrund-Informationen in chronologischer Form.

INITIATIVE
GEGEN ▼ MIL
ITÄRFORSCH
UNG ▼ ANUNI
VERSITÄTEN

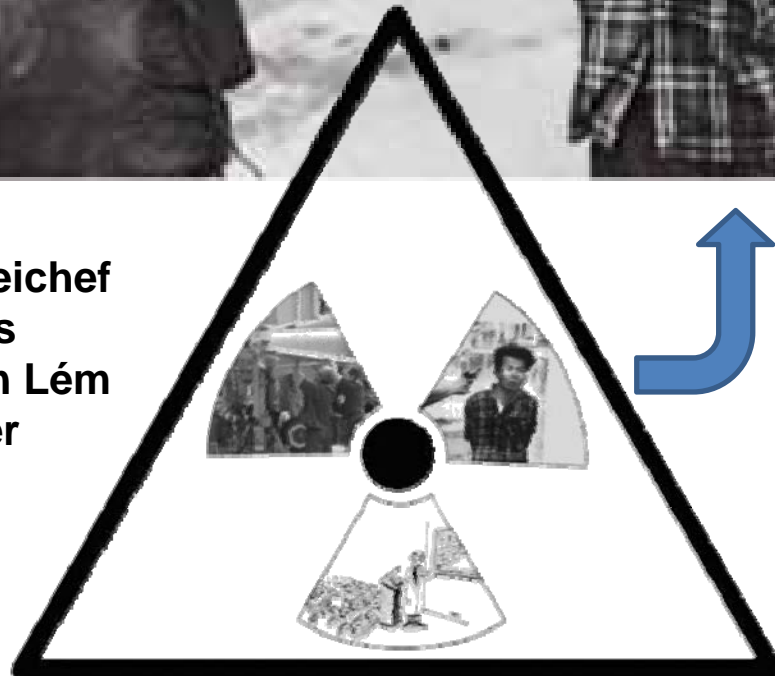
<http://www.stattweb.de/files/DokuKITcivil.pdf>

Vietnamkrieg

Pressefoto Eddie Adams, 1968



**Der südvietnamesische Polizeichef Nguyen Ngoc Loan richtet das Vietcong-Mitglied Nguyen Van Lém am 1. Februar 1968 auf offener Straße in Saigon mit einem Kopfschuss hin.
Quelle <http://ducviet.net>**



Dietrich Schulze
23. Mai 2012
Uni Freiburg

1965: Der Kalte Krieger Lyndon B. Johnson lässt US-Truppen in Da Nang landen. Kurz vor Kriegsende 1972 erwägt McArthur einen Atomkrieg.

2012: Friedensnobelpreisträger Barack Obama beginnt mit NATO-Unterstützung eine „Raketenabwehr“ aufzubauen, die einen ungestraften atomaren Erstschlag gegen Rußland ermöglicht. **Erneut wird die Gefahr eines Dritten Weltkriegs herauf beschworen, mit direkter deutscher Waffenhilfe!**



AUF

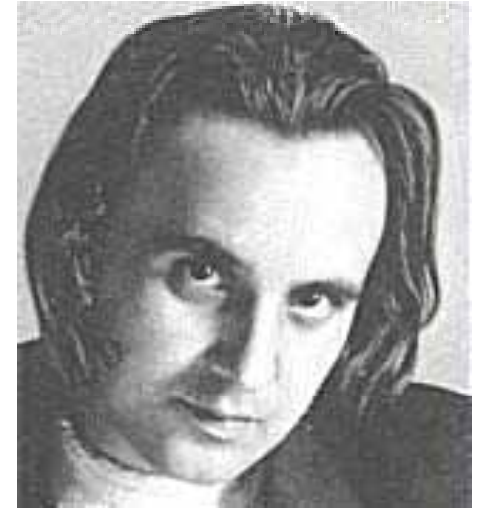
LÖSEN!



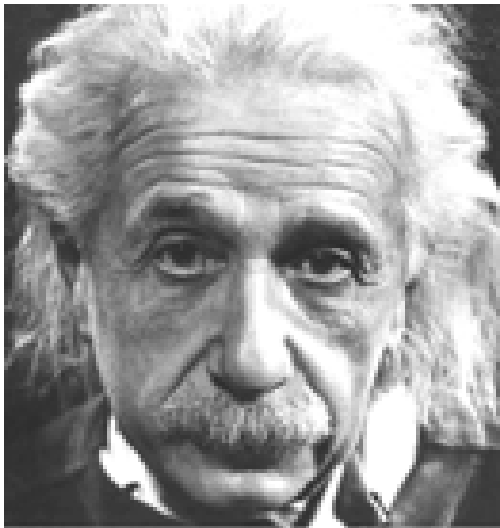


**Du Forscher im Laboratorium.
Wenn sie dir morgen befehlen,
du sollst einen neuen Tod erfinden gegen
das alte Leben, dann gibt es nur eins:**

Sag NEIN!



Wolfgang Borchert
1921 - 1947



Albert Einstein
1879 - 1955

**Verächtlich erscheint mir der Krieg.
Ich möchte mich lieber in Stücke
schlagen lassen, als mich an einem
so elenden Tun beteiligen!**